

**ANFRAGE** von Orlando Wyss (SVP, Dübendorf)

betreffend Regierungsrätliche Legitimierung des Schulschwänzens

---

Der Kantonsrat hat in seiner neuen Zusammensetzung als einer seiner ersten Handlungen den Klimanotstand ausgerufen. Diese Symbolpolitik hat die Zürcher Bevölkerung höchstens zu Kopfschütteln oder vielleicht Schmunzeln veranlasst. Doch da diese Showeinlage keine weiteren Auswirkungen hatte, wäre dieser sogenannte Notstand eigentlich nicht der Rede wert. Nun haben aber zwei Mitglieder des Regierungsrates, welche in ihren Parteien als Chefideologen gelten, den Ball aufgenommen und sämtliche Gemeinden zu einem Klimagipfel aufgeboten. Regierungsrätin Jacqueline Fehr und Regierungsrat Martin Neukom wollen, dass sämtliche Gemeinden und deren Vertreter an einer Tagung teilnehmen, welche den Klimawandel thematisiert. Dass an einer solchen Veranstaltung nur heisse Luft produziert, dafür aber viel Steuersubstrat verbraten wird, ist absehbar. Aufhorchen lässt aber der Termin der Veranstaltung. Geplant ist die regierungsrätliche Klimashow am Freitag, 15. Mai 2020. An diesem Datum soll der sogenannte Klimastreik in der ganzen Schweiz stattfinden. Auch sicher wieder mit unzähligen Schulkindern, welche an diesem Tag die Schule schwänzen werden.

Die beiden Mitglieder des Regierungsrates wollen mit dem Abhalten des sogenannten Klimagipfels suggerieren, dass der Regierungsrat und die Exekutiven der Zürcher Gemeinden diesen Streik und das Schulschwänzen an diesem Tag unterstützen.

Aus diesem Grund habe ich folgende Fragen an den Regierungsrat:

1. Der Kantonsrat ist im Moment Links-Grün dominiert. Der Regierungsrat sollte aus den damaligen Wahlversprechen aus einer bürgerlichen Mehrheit bestehen. Hat der Regierungsrat dieses Vorgehen der zwei linksgrünen Chefideologen aus seinen Reihen abgesegnet und legitimiert?
2. Wenn ja, aus welchem Grund?
3. Wenn nein, was gedenkt der Regierungsrat dagegen zu unternehmen, dass aus seinen Reihen keine ideologische Parteipolitik betrieben wird?
4. Sollte er mit dem Vorgehen der zwei Regierungsratsmitglieder nicht einverstanden sein, hat dies Konsequenzen?
5. Ist der Regierungsrat nicht auch der Meinung, dass aus ideologischen Gründen keine solche Steuergeldverschwendung auf Gemeindeebene im Kanton betrieben werden darf?
6. Sollte der Regierungsrat dieses Vorgehen unterstützen, was sagt er zu dem Vorwurf, dass er mit seinem Verhalten das Schulschwänzen offiziell fördert und legitimiert?

Orlando Wyss